

**Frage 02: Wie werden Sie sich bei Anträgen verhalten, die Fragen des Schwangerschaftsabbruchs, der Leihmutterschaft und den Schutz des Lebens an seinem Ende betreffen?**

**ÖVP**

Frauen dürfen sich bei der schwierigen und schwerwiegenden Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch nicht alleine gelassen fühlen. Es ist daher entscheidend, Frauen in dieser herausfordernden Situation bestmöglich zu unterstützen. Als Politik und Gesellschaft haben wir die Aufgabe, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schwangerschaftsabbrüche vorbeugen und Frauen im Falle von ungewollten Schwangerschaften auch Perspektiven aufzeigen. Die Leihmutterschaft kann schwere psychische Belastungen bei Leihmüttern hervorrufen, begünstigt systematische Ausbeutung und Menschenhandel und steht daher im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention. Die Österreichische Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm klar dazu bekannt, am Verbot der Leihmutterschaft und den Maßnahmen gegen ihre Kommerzialisierung festzuhalten.

**SPÖ**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine umfassende Gesundheitsversorgung und im Rahmen dieser muss jeder Frau das Recht auf den Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch zustehen. Die SPÖ spricht sich generell gegen Leihmutterschaft aus und verweist auch auf die Gefahren von kommerzieller Ausbeutung durch Leihmutterschaft. Die SPÖ spricht sich gegen aktive Sterbehilfe und für den Ausbau von Hospiz- und Palliativversorgung aus.

**FPÖ**

Die FPÖ verschreibt sich prinzipiell dem Schutz des Lebens in all seinen Formen, von der Entstehung bis zum Ende. Dass der Staat Modelle wie die Sterbehilfe oder „Abtreibungen auf Krankenkasse“ proaktiv forciert, lehnen wir ab. Was Schwangerschaftsabbrüche betrifft, sollten Frauen natürlich eine Wahlfreiheit haben, jedoch müssen auch Alternativen verstärkt angeboten werden, die werdende Mütter unterstützen oder „ungewollten Kindern“ eine Lebensperspektive bieten. Um die demographischen Probleme künftig lösen zu können, muss man hier geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Die Leihmutterschaft lehnen wir aus Prinzip ab, wir fordern auch ein EU-weites Verbot dieser.

**GRÜNE**

Wir stehen für die Ausweitung und Absicherung der reproduktiven Freiheit und Rechte. Das Recht auf Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch ist seit der UN-Bevölkerungskonferenz 1994 ein Menschenrecht und muss daher geschützt werden. Für uns muss ein sicherer Schwangerschaftsabbruch bundesweit in allen öffentlichen Krankenhäusern legal und kostenlos möglich sein. Nur so bekommen Frauen das volle Recht auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper. Jegliche Einschränkung zu Schwangerschaftsabbrüchen ist für uns nicht verhandelbar. Wir können Leihmutterschaft weder aus Sicht des Kindes noch aus Sicht der Frauen, die ihren Körper gegen Geld zur Verfügung stellen, gutheißen. Wir lehnen daher grundsätzlich alle Formen der

Leihmutterschaft ab. Kinder, die über Leihmutterschaft entstanden sind, dürfen dabei jedoch nicht die Leidtragenden sein und sollen daher in Österreich keine rechtlichen Nachteile erfahren. Die Konfrontation mit dem nahenden Sterben ist für schwerkranke Menschen oft geprägt von Angst vor Schmerzen und der Sorge vor Abhängigkeit. Sterbende und deren Angehörige brauchen gerade in dieser Lebensphase Rechtssicherheit, Beratungsmöglichkeiten und Begleitung und ein gut ausgebautes Angebot der Hospizbetreuung und der Palliativversorgung. Die Achtung der Menschenwürde und der Respekt vor dem Leben und der freien Entscheidung von schwerkranken Menschen sind die Grundlage für die Umsetzung des Sterbeverfügungsgesetzes und des Ausbaus der Hospiz- und Palliativversorgung. Der Verfassungsgerichtshof betont das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf freie Selbstbestimmung und das daraus abgeleitete Recht auf ein menschenwürdiges Sterben. Das Sterbeverfügungsgesetz regelt, unter welchen Voraussetzungen assistierter Suizid rechtlich möglich sein soll. Dabei schafft es einen gesetzlichen Rahmen, der diese höchstpersönliche Materie, die unser tiefstes Menschsein berührt, mit der gebotenen Sensibilität regelt und den notwendigen Schutz vor Missbrauch sicherstellt. So sollen schwerkranke Personen Zugang zum assistierten Suizid erhalten. Gleichzeitig soll etwa auch verhindert werden, dass Menschen unter Druck gesetzt werden, assistierten Suizid in Anspruch zu nehmen. Begleitend wird die Hospiz- und Palliativversorgung umfassend ausgebaut und erweitert - eine Maßnahme, die den Wunsch nach einer frühzeitigen Beendigung des Lebens reduziert.

## NEOS

Bei Schwangerschaftsabbrüchen gibt es mit der Fristenregel juristische Vorgaben für das Gleichgewicht zwischen Selbstbestimmung der Frau und Schutz des Lebens. In Österreich gibt es zudem praktische Fragen zum Zugang, die einen Änderungsbedarf aufzeigen.

Zur Frage der Leihmutterschaft gibt es große Konflikte, wie individuell an Lösungen gearbeitet werden sollte und gleichzeitig internationale Regeln umgesetzt werden können. Hier wird es deshalb auch oft auf internationale Zusammenarbeit ankommen und nur in eingeschränktem Maß auf nationale Entscheidungen Österreichs. Natürlich müssen der Schutz des Lebens und die Verhinderung von Ausbeutung wichtige Grundprinzipien in dieser Frage sein.

Der Schutz des Lebens auch an dessen Ende spielt eine wichtige Rolle. Für uns ist aber auch die Selbstbestimmung von Betroffenen wichtig und wie in diesen Situationen Leiden verhindert werden kann. Aktuell stehen wir auch hier eher vor den Herausforderungen, wie Sterben in Würde in der Praxis ermöglicht werden kann, damit Betroffene nicht unnötig mit Schmerzen und aber auch Stigmata konfrontiert werden.

## KPÖ

Wir respektieren die ethische Haltung der katholischen Kirche zum Schutz des Lebens. Wir sind gegen Euthanasie und Leihmutterschaft. Leben darf weder als Kostenfaktor noch als eine Ware betrachtet werden. Zum Schwangerschaftsabbruch: Wir wollen eine kindergerechte Gesellschaft. Schwangerschaft und Kindererziehung müssen sozial so abgesichert werden, dass sie keine Armutsfalle darstellen und Frauen in unterdrückerischen Beziehungen gefangen halten. Eine Schwangerschaft zu beenden ist Teil der Selbstbestimmung der Frauen und hat nichts im Strafrecht zu suchen. Wir werden alle Initiativen unterschützen, die Frauen den Zugang zu verhängnisverhütenden Mitteln und zu einem medizinisch sicheren Schwangerschaftsabbruch ermöglichen.